



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 16.12.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, 12.12.2011, 15:30 Uhr bis 17:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Michael Neubert	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manfred Waddey	GRÜNE	i. V. für Herrn Dr. Welpmann
Herr Ulrich Breite	FDP	i. V. für Herrn Görzel

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Maul PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Kreams	SPD
Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Klemm	GRÜNE bis 17:00 Uhr
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Frau Filiz Kalaman	bis 17:00 Uhr

Verwaltung

Herr Werner Adams	
Herr Ingo Fleischer	
Frau Ursula Herx	
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Herr Robert Kilp	
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	bis 15:50 Uhr
Herr Hans-Jürgen Petry	
Herr Frieder Wolf	bis 15:45 Uhr

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg	bis 16:45 Uhr
---------------------------	---------------

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass am 01. März 2012 voraussichtlich um 15:00 Uhr eine Sondersitzung zum Stellenplan stattfinden wird. Er bittet, diesen Termin bereits heute vorzumerken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung trägt der Vorsitzende die Vorschläge der Verwaltung zur Zu- und Absetzung vor:

- 4.5 Änderung von Chipdaten im elektronischen Aufenthaltstitel bei Zuzügen und Umzügen von Ausländerinnen und Ausländern
4967/2011
Tischvorlage
- 5.1 Ausbildungsbericht 2011
4796/2011
- 5.2 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
4846/2011
Tischvorlage
- 6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2011
Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen
4958/2011
- 6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
AN/2001/2011
- 6.4.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
4523/2011
- 6.5 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 30.11.2011
Scheinehen in Köln
AN/2142/2011
- 6.6 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
AN/2179/2011
- 6.6.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
5100/2011
Tischvorlage
- 6.7 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
AN/2226/2011

- 6.7.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
5076/2011
Tischvorlage
- 8.1 zurückgezogen AN/1833/2011
- 8.2 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.12.2011
4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014
AN/2235/2011
Tischvorlage
- 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2011
Büchermeile und Märkte auf der Rheinuferpromenade
AN/2250/2011
Tischvorlage
- 10.10 zurückgezogen 4473/2011
- 10.13 zurückgezogen 4018/2011
- 10.18 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung
3103/2011
Auszug als Tischvorlage
- 10.19 Abschluss von öffentlich- rechtlichen Vereinbarungen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für die Regierungsbezirke Köln und Detmold
3810/2011
Ratsvorlage
- 10.20 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
4871/2011
Ratsvorlage als Tischvorlage
- 16.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj 2010/2011 sowie Genehmigung zum Abschluss eines Vergleiches
4183/2011
Auszug als Tischvorlage

Herr Neubert bittet, den Antrag AN/2235/2011 unter TOP 8.1 als Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 4107/2011 zu betrachten und schlägt vor, beide Punkte unter TOP 10.1 gemeinsam zu behandeln.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Herr Granitzka schlägt vor, aufgrund der Anwesenheit von Frau Beigeordnete Dr. Klein die Beschlussvorlage 3103/2011, unter TOP 10.18 auf der Tagesordnung, vorzuziehen. Darüber hinaus schlägt er vor, die Punkte 6.1 und 6.7 zusammen zu beraten. Herr Wolter beantragt, die Tischvorlagen 5.2, 6.6.1 und 6.7.1 zu vertagen. Außerdem bittet er, die Vorlagen unter TOP 10.6, 10.18 und 10.20 in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Granitzka bittet Herrn Wolter, die Verweise zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beantragen.

Die Vorlage unter TOP 10.18 wurde vorgezogen und unter TOP 0 in der Tagesordnung aufgerufen.

Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu und ist mit der nachfolgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0. Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung 3103/2011**
- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2010
4289/2011
- 4.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
4237/2011
- 4.3 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Beschluss des Integrationsrates
4822/2011
- 4.4 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2011
4836/2011
- 4.5 Änderung von Chipdaten im elektronischen Aufenthaltstitel bei Zuzügen und Umzügen von Ausländerinnen und Ausländern
4967/2011
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 5.1 Ausbildungsbericht 2011
4796/2011

5.2 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
4846/2011
vertagt

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
AN/2000/2011

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
4605/2011
vertagt

6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
AN/2002/2011

6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
4827/2011

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2011 Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen
AN/2053/2011

6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2011
Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen
4958/2011

6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
AN/2001/2011

6.4.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
4523/2011

6.5 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 30.11.2011
Scheinehen in Köln
AN/2142/2011

6.6 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
AN/2179/2011

6.6.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
5100/2011

- 6.7 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
AN/2226/2011
- 6.7.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
5076/2011
vertagt
- 7 Mündliche Anfragen**
- 8 Anträge**
- 8.1 zurückgezogen AN/1833/2011
Verweis aus dem Rat 24.11.2011
- 8.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
08.12.2011
4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014
AN/2235/2011
- 9 Platzvergaben**
- 9.1 Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011 auf Zulassung der
Veranstaltung "Büchermeile" in diesem Bereich
2998/2011
- Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 09.12.2011
Büchermeile und Märkte auf der Rheinuferpromenade
AN/2250/2011
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014
4107/2011
- 10.2 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weite-
ren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14
2715/2011
- 10.3 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebe-
triebe
2920/2011
- 10.4 Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts
"Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Muse-
umsbibliothek
3974/2011

- 10.5 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4246/2011
- 10.6 Weiterplanung und Bau einer Rettungshubschrauberbetriebsstation für Köln
4300/2011
- 10.7 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters in den Betriebsausschuss der eigenbetriebs-ähnlichen Einrichtung aKDn-sozial des Zweckverbandes KDN
3995/2011
- 10.8 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Stadt Köln
4312/2011
- 10.9 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2010 der Beihilfekasse
4411/2011
- 10.10 zurückgezogen 4473/2011
- 10.11 Zweitwohnungssteuer "Einliegerwohnungen und Zweifamilienhäuser"
4512/2011
- 10.12 Parkerlaubnis für ehrenamtliche Sporttrainerinnen und Sporttrainer
4221/2011
- 10.13 zurückgezogen 4018/2011
- 10.14 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4021/2011
- 10.15 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4503/2011
- 10.16 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung-StrReinS-)
4583/2011
- 10.17 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012
4413/2011
- 10.18 siehe TOP 0
- 10.19 Abschluss von öffentlich- rechtlichen Vereinbarungen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für die Regierungsbezirke Köln und Detmold
3810/2011
- 10.20 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
4871/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

12 Mitteilungen der Verwaltung

13 Schriftliche Anfragen

14 Anträge

15 Mündliche Anfragen

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Einleitung eines Vergabeverfahrens
4445/2011

16.2 Einleitung eines Vergabeverfahrens
4691/2011

16.3 Dienstvereinbarung Eigenreinigung
4557/2011

16.4 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj 2010/sowie Genehmigung zum Abschluss eines Vergleiches
4183/2011

I. Öffentlicher Teil

0. Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung 3103/2011

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass die Fraktion Die Linke.Köln einen Änderungsantrag für den Ausschuss Soziales und Senioren eingereicht habe. Seines Erachtens biete die Verwaltungsvorlage eine ausreichende Anzahl an Begründungen für eine unbefristete Fortführung des Rahmenkonzeptes. Er schlägt vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, in 2012 eine Zielplankonferenz zu veranstalten, auf welcher die Sozialraumkoordinatoren, die Politik und andere relevante Akteure gemeinsam über Ziele und Umsetzungsvarianten diskutieren und Möglichkeiten zur Planungssicherheit ausgestalten könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla stimmt dem Vorschlag von Herrn Wolter vor Eintritt in die Tagesordnung zu und schlägt ebenfalls vor, die Vorlage ohne Votum in nachfolgende Gremien zur Verweisen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, die Entscheidung des Rates in seiner Sitzung am 20.12.2011 sei dringend erforderlich, da ansonsten die Umsetzung des Rahmenkonzeptes, die bisher bis 29.02.2012 befristet sei, nicht kontinuierlich weitergeführt werden könne. Das dafür eingesetzte erforderliche, befristete Personal müsse ansonsten beim Arbeitsamt ab sofort als arbeitssuchend gemeldet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Nahost-Bürgermeisterkonferenz

Herr Wolf berichtet, nach dreijähriger Vorbereitungszeit sei die Nahost-Bürgermeisterkonferenz trotz großer Probleme und widriger politischer Umstände zustande gekommen und ein wichtiges Friedenssignal. Vom 28. November bis zum 1. Dezember 2011 tagte erstmals die Nahost-Bürgermeisterkonferenz zum Thema "Euro-Middle East City-to-City-Cooperation" in Köln.

Die Arbeitsatmosphäre sei so freundschaftlich und konstruktiv gewesen, wie man es vorher nicht zu hoffen gewagt habe. Die rund 90 Vertreterinnen und Vertreter aus Israel, Palästina und Europa haben eine hohe gemeinsame Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, bestehende kommunale Kooperationen aufgezeigt und sehr konkrete Verabredungen für neue Projekte getroffen.

Die Folgekonferenz soll in 2012 in der Türkei stattfinden, so das erfreuliche Ergebnis des jüngsten Köln-Besuchs des Oberbürgermeister der Partnerstadt Istanbul und amtierenden Präsidenten des kommunalen Weltverbands UCLG, Kadir Topbas; ein Termin stehe allerdings noch nicht fest.

Herr Wolf führt ferner aus, die Stadt Köln werde weiter den trilateralen Schüleraustausch zwischen den Partnerstädten Köln, Bethlehem und Tel Aviv stärken. Auch der Austausch zwischen Studierenden der Katholischen Hochschule NRW, der Universität Bethlehem und der Universität Tel Aviv-Yafo, der erstmals parallel zum Bürgermeisterforum stattfand, soll fortgesetzt werden. Die Folgeveranstaltung ist in Tel Aviv-Yafo geplant. Nach der Aufnahme Palästinas Anfang November in die UNESCO biete Köln den beiden Partnerstädten auch eine enge fachliche Zusammenarbeit bezüglich historisch bedeutender Bauwerke und Weltkulturerbestätten an.

Da das Ganze in englischer Sprache dokumentiert sei, bietet Herr Wolf an, bei Bedarf könne eine Übersetzung in die deutsche Sprache veranlasst werden.

Der Ausschuss ist mit der Dokumentation in englischer Sprache einverstanden, eine Übersetzung sei nicht notwendig.

2.2 Europa in Köln

Herr Wolf verweist auf die auf den Tischen ausgelegten Flyer „Europa in Köln“. Der Flyer enthalte eine Übersicht über die Europastellen in der Stadt. Neben denen der Stadt Köln seien auch zahlreiche andere Organisationen aufgeführt.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2010 4289/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Frau Dr. Klein, der weitaus größte Anteil der ca. 4800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates IV sei tätig in den städtischen Kindertagesstätten oder im Sozialdienst bei den Familien vor Ort. Diese Tätigkeiten seien körperlich äußerst belastend und deshalb Menschen mit einer Schwerbehinderung nicht unbedingt zumutbar. Sie vermutet, eine Unterschreitung der Schwerbehindertenquote im Dezernat IV könne hier begründet liegen.

Frau Dr. Klein bietet an, in ihrem Dezernat eine genauere Analyse vorzunehmen, um die Frage von Herrn Detjen zu beantworten.

Herr Granitzka hält anerkennend fest, dass die Stadtverwaltung mit 6,55% deutlich über der geforderten 5% Schwerbehindertenquote liege.

4.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 4237/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Beschluss des Integrationsrates 4822/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.4 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2011
4836/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Hess erläutert Frau Dahmen, seit Sommer seien bereits mit ca. 98% der Personen Gespräche geführt worden, vor ungefähr zwei Wochen habe die Verwaltung mit den ersten Verlängerungsprüfungen begonnen.

**4.5 Änderung von Chipdaten im elektronischen Aufenthaltstitel bei Zuzügen und Umzügen von Ausländerinnen und Ausländern
4967/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

**5.1 Ausbildungsbericht 2011
4796/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**5.2 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa
4846/2011**

Auf Vorschlag von Herrn Wolter wird der Punkt in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
AN/2000/2011**

**6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Wiederbesetzung von Stellen in den Bezirksausländerämtern
4605/2011**

Auf Vorschlag von Herrn Wolter werden die Punkte 6.1.1 und 6.7.1 gemeinsam in der nächsten Sitzung behandelt.

Frau Manderla bittet um die Beantwortung der Zusatzfrage nach der „gefühlten Be- und Entlastung“ vor Ort.

**6.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
AN/2002/2011**

**6.2.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Aufgabenabbau und Standardreduzierung in der Stadtverwaltung
4827/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bemerkt, die Vorlage der Verwaltung enthalte lediglich eine substanzlose Antwort.

**6.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2011 Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen
AN/2053/2011**

**6.3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.11.2011
Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen
4958/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, eine Rückkehr zu den alten, besseren Standards sei nur dann möglich, wenn eine Finanzierung dafür gesichert sei. Auf weitere Nachfrage von Frau Manderla ergänzt Herr Kahlen, er sei sich sicher, an dieser Stelle Überzeugungsarbeit leisten zu können.

Auf eine Nachfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Schmidt, der Rechnungsprüfungsausschusses habe in seiner Sitzung im Februar 2011 beschlossen, Verträge mit Reinigungsfirmen dürfen eine maximale Laufzeit von 5 Jahren nicht überschreiten. Entsprechend werde die Verwaltung alle unbefristeten Verträge nach und nach in auf 5 Jahre befristete Verträge umstellen.

Herr Breite bittet um Verweis der Beantwortung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

**6.4 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
AN/2001/2011**

**6.4.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2011
Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren
4523/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 30.11.2011
Scheinehen in Köln
AN/2142/2011**

Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgt in der nächsten Sitzung.

**6.6 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
AN/2179/2011**

**6.6.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011
Kooperation mit LVR Infokom
5100/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss vertagt die Kenntnisnahme in die nächste Sitzung.

**6.7 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
AN/2226/2011**

**6.7.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011
Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde
5076/2011**

Auf Vorschlag von Herrn Wolter werden die Punkte 6.1.1 und 6.7.1 gemeinsam in der nächsten Sitzung behandelt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Flüchtlinge in Köln

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, die Angelegenheit sei aktuell Thema des Stadtvorstandes.

Die Zahl der Flüchtlinge steige immer weiter an, jedoch die Zahl der Unterbringungsmöglichkeiten sei begrenzt. Die Stadt sei auf einen solchen Anstieg nicht vorbereitet, werde aber versuchen, am Konzept der dezentralen Unterbringung festzuhalten. Liegenschaften und Sozialverwaltung arbeiten in enger Abstimmung mit dem runden Tisch für Flüchtlingsfragen, eine Moderation durch die Person des Stadtdirektors sei nicht notwendig.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Bierbikes in Köln

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kilp, das Oberverwaltungsgericht habe zunächst nur entschieden, dass ein Bierbike eine Sondernutzungserlaubnis brauche.

Er führt weiter aus, ein Bierbikebetreiber könne diese Sondernutzung beantragen und im Einzelfall werde nach Abwägung aller Aspekte entschieden, ob die Verwaltung zustimmen könne. Ein grundsätzliches Verbot der Bierbikes in der Innenstadt dürfe natürlich nicht zu einer Verlagerung der Problematik in die anderen Bezirke führen, ohne dass eine nachvollziehbare Struktur für eine zukünftige Entscheidung erkennbar sei.

Herr Kilp weist darauf hin, die Verwaltung plane, gemeinsam mit der Polizei ein Konzept zu erarbeiten, das dem Ausschuss und ggf. auch betroffenen Bezirksvertretungen vorgestellt werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Internationales Chinajahr

Auf die Rückfrage von Frau Möller teilt Herr Mohr mit, dass Sponsoren gefunden wurden, die zum Teil auch konzeptionell beteiligt werden konnten. Die Verwaltung bereite zurzeit eine Mitteilung für den Ausschuss vor, die gemeinsam mit einer Aktivitätenliste und den zugrunde gelegten Finanzierungen dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden soll.

Die Beteiligung Pekings an den Feierlichkeiten anlässlich des 25 jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums wurde bereits zugesagt. In welcher Form diese Beteiligung stattfindet, stehe aber noch nicht fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Kooperation mit LVR Infokom

Auf Nachfrage von Herrn Klemm erläutert Herr Kahlen, zur Identifizierung und Bewertung möglicher Synergien seien Auszüge aus dem Gutachten hilfreich gewesen, aber selbstverständlich könne bei Bedarf das komplette Gutachten eingesehen werden. Möglicherweise sei auch ein Vortrag des Gutachters in einer der nächsten Sitzungen erwünscht.

Herr Neubert berichtet aus dem Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechniken, hier wurde das Thema ausführlich diskutiert. Außerdem sei ein Vortrag zur Zusammenarbeit des Amtes für Informationsverarbeitung mit dem IT-Dienstleister LVR Infokom gehalten worden.

Herr Kahlen kündigt eine aktuelle Mitteilung zum Thema für die nächste Sitzung an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Anträge

8.1 zurückgezogen AN/1833/2011 Verweis aus dem Rat 24.11.2011

8.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.12.2011 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014 AN/2235/2011

Der Antrag wird als Änderungsantrag zu 10.1 gemeinsam mit TOP 10.1 beraten.

10.1 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014 4107/2011

Herr Neubert und Frau von Bülow fassen die wesentlichen Inhalte des gemeinsamen Änderungsantrages beider Fraktionen zusammen. Frau von Bülow weist darauf hin, die geforderten Änderungen seien notwendig, um dem Amt für Gleichstellung stärkere Instrumente zur Umsetzung an die Hand zu geben. Außerdem schließe der Inhalt an die Europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern an. Sie fordert außerdem einen Zeit-Maßnahmenplan und eine jährliche Berichtspflicht zum Frauenförderplan. Frau von Bülow fragt in diesem Zusammenhang ebenfalls nach dem Bericht zum abgeschlossenen Frauenförderplan.

Frau Manderla betont, die CDU-Fraktion habe bereits in der Novembersitzung den Gleichstellungsplan verabschieden können. Sie äußert Verwunderung über die Inhalte des Änderungs-

antrages, vor allem könne sie den verkürzten Zeitrahmen auf nunmehr drei Jahre nicht nachvollziehen. Sie schlägt vor, den Gleichstellungsplan zusammen mit dem Änderungsantrag zur Bearbeitung in die Verwaltung zu verweisen.

Herr Breite merkt an, die Inhalte des Änderungsantrages seien nicht neu. Die meisten der geforderten Punkte seien dem Oberbürgermeister und dem Stadtdirektor bekannt und es werde bereits an deren Umsetzung gearbeitet.

Frau Kronenberg bedankt sich für die intensive Diskussion zum Thema Gleichstellung und Frauenförderung. Die Themen hätten im Zusammenhang mit Demographie und Fachkräftemangel an Gewicht gewonnen. Sie betont, die Verwaltung habe ein innovatives Konzept vorgelegt. Erstmals seien Zielwerte und Quoten für Frauen und Männer festgeschrieben worden, in Konsequenz könne ihres Erachtens der vorliegende Plan nicht „Frauenförderplan“ heißen.

Darüber hinaus belege die Auswertung der Personalausfallstatistik, dass eine getrennte Betrachtung von Männergesundheit und von Frauengesundheit notwendig sei. Frauen unterlägen weit häufiger als Männer einer Mehrfachbelastung, dies erfordere, wie im vorgelegten Plan dargelegt, Möglichkeiten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Informationsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Gesundheitsstärkung von Frauen. Darüber hinaus führt Frau Kronenberg aus, der vorliegende Gleichstellungsplan enthalte unter Kernziel 3 – Balance in den Lebensbereichen – Prüfaufträge zur Einrichtung von Betriebskindergärten und Alternativen zur Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen. Abschließend weist Frau Kronenberg darauf hin, dass mit steigenden Anforderungen an das Amt für Gleichstellung ggf. die Frage nach Ressourcen gestellt werden muss.

Herr Granitzka bedauert, dass der 4. Gleichstellungsplan heute nicht beschlossen werden könne und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorlage unter Berücksichtigung folgender Punkte zu überarbeiten und im nächsten AVR in seiner Sitzung am 06.02.2012 vorzulegen:

1. Alle aufgeführten Ziele des Maßnahmenplans sollen mit einer Zeitschiene versehen und mit einem Controlling durch das Gleichstellungsamt verknüpft werden.
2. Frauenförderung im mittleren und gehobenen Dienst: Hier sollen mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitszufriedenheit und Arbeitsmotivation Vorschläge erarbeitet werden, wie insbesondere die Arbeitssituation von Frauen im mittleren und unteren gehobenen Dienst verbessert werden kann. Zu prüfen sind hierbei besonders Möglichkeiten zur Verbesserung der jeweiligen Arbeitsbedingungen in enger Abstimmung mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement sowie Möglichkeiten weiterer Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsorten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
3. Frauen und Gesundheit: Frauen unterliegen weit häufiger als Männer der Doppelbelastung von Beruf und Familie. Informationsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Gesundheitsstärkung sollen in Verbindung mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement und unter Beachtung von Gender Mainstreaming aufgezeigt werden.
4. Stellenbesetzungsverfahren: Frauenförderung im Bereich der Stadt Köln soll auf allen Beschäftigungsebenen, aber insbesondere auf der unteren und mittleren Ebene, aktiv

betrieben werden. Frauen sollen nicht nur bei Vakanzen im Leitungsbereich, sondern in allen Bereichen verstärkt angesprochen werden; ihnen sollen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Hierzu soll der Frauenförderplan Maßnahmen benennen und nachverfolgen.

5. Jährliches Berichtswesen der Dezernate über den Stand der Umsetzung der Vorgaben des Frauenförderplans.
6. Insbesondere sollen bei Stellenaufwertungen die Antragstellungen und deren Ergebnisse geschlechterspezifisch aufgelistet und der AVR regelmäßig darüber unterrichtet werden.
7. Der Frauenförderplan ist entsprechend den aktuellen gesetzlichen Vorgaben des LGG weiterhin als „Frauenförderplan“ zu deklarieren und der Geltungszeitraum ist in Anknüpfung an die Laufzeit des letzten Frauenförderplans für eine Laufzeit von drei Jahren auf die Zeit von 2011-2013 festzusetzen.
8. Die Überlegungen zur Frauenförderung im Rahmen des Frauenförderplans der Stadt Köln sind in Einklang zu bringen und abzustimmen mit den parallel laufenden Beratungen über die Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplans für Köln vor dem Hintergrund der städtischen Verpflichtungen aus der EU-Charta für Gleichstellung von Frauen und Männern.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln zugestimmt

9 Platzvergaben

9.1 Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011 auf Zulassung der Veranstaltung "Büchermeile" in diesem Bereich 2998/2011

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2011 Büchermeile und Märkte auf der Rheinuferpromenade AN/2250/2011

Herr Neubert begründet den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Er weist darauf hin, dass die Frage der Zuständigkeit des AVR nach den abschließenden Beratungen zu diesem Punkt mittlerweile geklärt sei, allerdings könne inhaltlich der Vorlage nicht zugestimmt werden. Die Probleme und Schwierigkeiten bestätigen seines Erachtens, dass das Konzept in diesem Bereich nicht funktioniere. Damit seien die Befürchtungen aus der Vergangenheit bestätigt und entsprechend müsse beschlossen werden, dass keine Veranstaltungen auf der Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und Schokoladenmuseum zu genehmigen seien.

Herr Wolter ergänzt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe die Zuständigkeit bei der Bezirksvertretung, die sich umfassend mit dem Thema beschäftigt habe. Außerdem sei zur Genehmigung des Weihnachtsmarktes am Schokoladenmuseum der AVR nicht involviert gewesen. Er fügt an, aufgrund der massiven Beschwerden halte seine Fraktion die Situation sowohl ordnungsrechtlich als auch verkehrstechnisch für äußerst problematisch und nicht hinnehmbar.

Er fasst zusammen, die Fraktionen fordern mit ihrem Änderungsantrag, dass nicht nur die Büchermeile, die Gegenstand dieser Beschlussvorlage sei, sondern die gesamte Fläche grundsätzlich von Veranstaltungen jeglicher Art freizuhalten sei. Abschließend bittet er darum,

den Beschluss an die Bezirksvertretung zu verweisen und erneut in den AVR zu geben, falls sich dort Widerspruch ergebe.

Herr Kilp fügt an, mit einer neuen Entscheidung des AVR sei auch das Altstadtfest der Anwohner und Anlieger nicht mehr möglich. Er weist darauf hin, nach den Unterlagen die der Verwaltung vorliegen, finde der Weihnachtsmarkt ausschließlich auf Privatgelände des Schokoladenmuseums statt. Er habe Hinweise erhalten, dass das möglicherweise nicht so sei. Die Verwaltung prüfe bereits diesen Hinweis.

Herr Waddey führt aus, die Buden des Weihnachtsmarktes grenzten unmittelbar an den Hochwasserschutzwall an. Das dies noch Privatgelände sei, sei äußerst unwahrscheinlich.

Er ergänzt, mit einer Konzession gem. Personenbeförderungsgesetz sei eine Wegeführung verbunden. Diese Wegeführung könne die Bezirksregierung nur für öffentliche Straßen genehmigen, die für motorisierten Verkehr freigegeben seien.

Herr Kilp bemerkt, es gäbe ein Spannungsverhältnis zwischen Ausnahmegenehmigungen und Personenbeförderungsgesetz. Die Bezirksregierung habe z. B. in der Vergangenheit ohne Zustimmung der Stadt Köln festgelegt, dass auf dem Roncalliplatz eine Haltestelle für die „Bimmelbahn“ einzurichten sei.

Herr Breite stimmt zu, dass selbstverständlich keine Buden des Weihnachtsmarktes auf öffentlichen Fahrradwegen gebaut werden dürften. Allerdings weist er darauf hin, dass diese Angelegenheit noch zu prüfen sei. Eine Entscheidung dürfe nicht vor einer Bestätigung durch die Verwaltung getroffen werden. Außerdem müsse ebenfalls eine Ver- und Entsorgung der Schiffe in diesem Bereich gewährleistet sein, dies dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Danuser fordert, dass eine Beispielbarkeit von zentralen Flächen im Einzelfall geprüft werden müsse. Eine Grundsatzentscheidung, dass an der Rheinuferpromenade keinerlei Veranstaltungen erlaubt seien, bedeute für manche Veranstaltungskonzepte den Tod. Er bittet den Ausschuss, dies bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Granitzka fasst zusammen, die Verwaltung habe die Anmerkungen und Hinweise zu prüfen. Insbesondere müsse geprüft werden, ob sichergestellt werden kann, dass die öffentlichen Wege und Flächen jederzeit für Fuß- und Fahrradverkehr uneingeschränkt nutzbar sind, da es keine Alternativrouten an dieser Stelle gäbe.

Das Prüfergebnis, die Beschlussvorlage und der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen seien in der nächsten Sitzung erneut vorzulegen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales bittet die Verwaltung, den Standort Rheinuferpromenade zwischen Deutzer Brücke und dem Schokoladenmuseum als Veranstaltungsort (Weihnachtsmarkt, Altstadtfest etc.) sowie die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge auf der Rheinpromenade, erneut zu prüfen.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss ebenfalls zu prüfen, ob Rechte Dritter tangiert werden, die nicht durch eine Beschlussfassung des Rates verändert werden können. Zusätzlich wird geprüft, ob sichergestellt werden kann, dass die öffentlichen Wege und Flächen jederzeit für Fuß- und Fahrradverkehr uneingeschränkt nutzbar sind, da es keine Alternativrouten an dieser Stelle gibt.

Das Prüfergebnis ist zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Die Beschlussvorlage wird gemeinsam mit dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 4. Gleichstellungsplan für Frauen und Männer 2011 - 2014 4107/2011

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem Änderungsantrag unter Punkt 8 behandelt.

10.2 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14 2715/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW an den Gymnasien:

1. Apostelgymnasium, GY Biggestraße 2, 50931 Köln-Lindenthal
2. Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, GY Nikolausstraße 51-53, 50937 Köln-Sülz,
3. Genovevagymnasium, GY Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

zum 01.08.2012

und an den Schulen:

1. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, GY Severinstraße 241, 50676 Köln-Altstadt/Süd,
2. Eichendorf-Schule, Realschule Dechenstraße 1, 50825 Köln-Neuehrenfeld
3. Hauptschule Rendsburger Platz 1, 51065 Köln-Mülheim

zum 01.08.2013.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben. Für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb einführen, sind unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der hauswirtschaftlichen Auswirkungen herbeizuführen.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung von 0,04 Stelle Schulsekretär/in auf der Basis folgender Bewertung:

Gymnasien / Realschulen = VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT entspricht EG 5 TVöD;
Hauptschulen = VGr. VII, Fg. 1a BAT entspricht EG 5 TVöD.

Die weiterhin erforderlichen Stellenzusetzungen erfolgen sukzessive entsprechend der jahrgangsweise aufbauenden Aufnahme des Ganztagsbetriebs (siehe Anlage 8). Danach ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Mehrbedarf von 0,46 Stellen ab dem Schuljahr 2018/19, der dauerhaft bereitzustellen ist.

Sollte der Stellenplan 2012 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtungen noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die im Hj. 2012 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 736,71 € werden im Rahmen der im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagten Mittel bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2013 = 3.230,59 €, Hj. 2014 = 6.740,59 €, Hj. 2015 = 10.250,58 €, Hj. 2016 = 13.760,58 €, Hj. 2017 = 16.533,87 €, Hj. 2018 = 18.030,20€, ab Hj. 2019 = 18.722,00 €) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe
2920/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts "Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen" in der Kunst- und Museumsbibliothek
3974/2011**

Herr Neubert weist darauf hin, im Kulturausschuss habe es einen Hinweis zur Änderung der Befristung der einzurichtenden Stelle gegeben, da seitens der DFG vorgesehen sei, das geplante Projekt nach Abschluss der ersten 18 Monate einer Überprüfung zu unterziehen. Dies bedeute für den Abschluss des Arbeitsvertrages, dass dieser zunächst befristet auf die Dauer von 18 Monaten geschlossen werden müsse. Bei positivem Votum der DFG sei eine Verlängerung des Arbeitsvertrages für weitere 18 Monate möglich.

Frau von Bülow betont, der Ausschuss Kunst und Kultur habe die Vorlage ungeändert beschlossen, also die Einrichtung einer Stelle für 36 Monate.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Fleischer, eine Stelle mehr oder weniger spiele bei den Überlegungen zu einer Fusion von der Kunst- und Museumsbibliothek mit der Universitätsbibliothek keine große Rolle.

Auf den Vorschlag von Herrn Neubert, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen, gibt Herr Dr. Elster zu bedenken, dass der Finanzausschuss sehr sachlich über Ausgaben entscheide und dadurch möglicherweise das Vorhaben, DFG-Gelder nach Köln zu holen, gefährdet werde.

Herr Kahlen schlägt vor, den Beschlusstext zur Einrichtung der befristeten Stelle so zu ergänzen, dass eine Verlängerungsoption für den Fall der Verlängerung nach Evaluierung möglich ist.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die Durchführung des zu 100% von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts „Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen“ im Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2014.

Hierzu beschließt der Rat die Einrichtung einer Vollzeitstelle Diplom Bibliothekarin / Diplom Bibliothekar, VGr. IVb BAT, für die Dauer von **18 Monaten** bei der Kunst- und Museumsbibliothek **mit einer Option auf Verlängerung um weitere 18 Monate in Abhängigkeit von der Dauer des Projektes.**

Zum Stellenplan 2012 wird daher eine auf den Refinanzierungszeitraum befristete Stelle 1,0 Dipl.-Bibl. VGr. IVb (TVöD E 10) eingerichtet.

Für die kurzfristige Umsetzung des Projektes unmittelbar nach Eingang der verbindlichen Förderzusage wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Die zahlungswirksamen Erträge in Höhe von 250.200 € für die Jahre 2012 bis 2014 werden im Haushaltsplan 2012 inkl. Finanzplanung 2013 – 2015 im Teilergebnisplan 0409 – Kunst- und Museumsbibliothek / Rheinisches Bildarchiv – in Teilplanzeile 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen veranschlagt. Gleichzeitig werden die korrespondierenden zahlungswirksamen Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen (182.700 €) und 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (67.500 €) veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.5 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 4246/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.6 Weiterplanung und Bau einer Rettungshubschrauberbetriebsstation für Köln 4300/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.7 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDN-sozial des Zweckverbandes KDN 3995/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln weist die Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN an, in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDN-sozial folgende Bedienstete der Stadt Köln zu wählen:

- als Vertreter:

Herr Dieter Kruse, 12-Amt für Informationsverarbeitung

- als Stellvertreter:

Herr Winfried Nußbaum, 50-Amt für Soziales und Senioren

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.8 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Stadt Köln 4312/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Abfallentsorgung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.9 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2010 der Beihilfekasse 4411/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2010 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2010 wird zum Ausgleich der in den Vorjahren erzielten Jahresfehlbeträge herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.10 zurückgezogen 4473/2011

10.11 Zweitwohnungssteuer "Einliegerwohnungen und Zweifamilienhäuser" 4512/2011

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln (Zweitwohnungssteuersatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Pro Köln zugestimmt

10.12 Parkerlaubnis für ehrenamtliche Sporttrainerinnen und Sporttrainer 4221/2011

Frau Manderla fordert die Unterstützung von ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainern durch kostenloses Parken auf Schulhöfen und lehnt eine Zustimmung der CDU-Fraktion zu dieser Vorlage ab.

Herr Wolter äußert Verwunderung darüber, weil Sportausschuss und Verkehrsausschuss in der Vorberatung einstimmig zugestimmt hätten.

Herr Breite wendet ein, die Idee sei theoretisch gut, allerdings praktisch nicht umsetzbar.

Herr Neubert fügt an, eine Unterstützung von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern sei sicher sinnvoll, allerdings dürfe eine solch weitreichende Ausnahmegenehmigung nicht einfach beschlossen werden.

Herr Granitzka bedauert diese Haltung und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss bestätigt die bisherige Handhabung, nach der die ehrenamtlich tätigen Sporttrainerinnen und Sporttrainer keine kostenlose Parkberechtigung erhalten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Pro Köln zugestimmt

10.13 zurückgezogen 4018/2011

**10.14 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4021/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.15 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
4503/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4 – 9).
2. Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.16 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
4583/2011**

Auf Vorschlag von Frau Manderla wird allen Bezirken die Gelegenheit einer Kenntnisnahme gegeben und die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.17 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012
4413/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2012 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2012 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

8,07 % für Beihilfen Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 9,01 %)

0,08 % für Pflegeversicherung Beamte/Beamtinnen (Vorjahr 0,08 %)

0,12 % für Beihilfen Beschäftigte (Vorjahr 0,12 %)

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 19.953.785 Euro (Vorjahr 20.543.776 Euro) für Beihilfen an Versorgungsempfänger/Versorgungsempfängerinnen.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.18 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung
3103/2011**

Die Vorlage wurde vorgezogen und als TOP 0 behandelt.

**10.19 Abschluss von öffentlich- rechtlichen Vereinbarungen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für die Regierungsbezirke Köln und Detmold
3810/2011**

Herr Wolter teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne der Vorlage, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesundheitsausschusses, zustimmen.

Frau Manderla bittet, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.20 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B
4871/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Vorsitzender
Granitzka

Schriftführerin
Simons